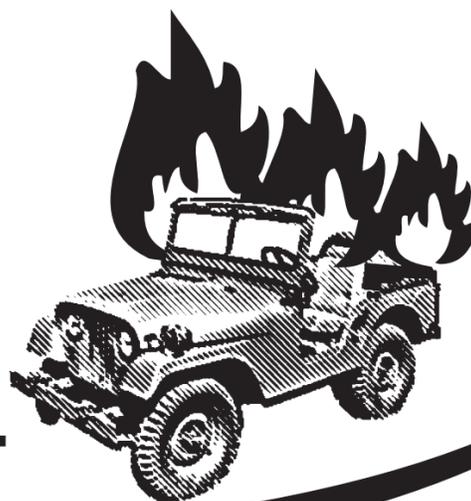


# DASENDE<sup>3</sup> EINER DIENSTFAHRT



**INHALT** SEITE 2: DAS PRINZIP DER WAFFENGLEICHHEIT – AKT 18-35 • TESTFELD GEGEN DIE RADIKALE LINKE  
SEITE 3: DIE VERRÜCKTE LOGIK DER BUNDESANWALTSCHAFT / SEITE 4: DHKP-C-PROZESS IN STAMMHEIM  
SEITE 5: DAS STRATEGISCHE SCHWEIGEN / SEITE 6: POLITISCHE VERSUS »NORMALE« GEFANGENE / SEITE 7:  
HIER SPRICHT DIE DIKTATUR DES ROTEN ANTIQUARIATS! / SEITE 8: DAS VERMITTELTE BILD IST LÄNGST BRÜCHIG

**ZEITUNG GEGEN KRIEG, MILITARISMUS,  
DIE MG-VERFAHREN UND REPRESSION**



## KAMMERSPIEL WIRD ZUR MUPPETSHOW

**DAS BKA LÜGT, DER VERFASSUNGSSCHUTZ  
MUSS FARBE BEKENNEN**

### SPENDENAUFBRUF UND NICHT VERGESSEN...

Das Bündnis für die Einstellung der Verfahren nach §129(a) engagiert sich seit Juli 2007, seit den Festnahmen von Axel, Florian, Olli und Andrej für die Einstellung der mg-Verfahren. Wir organisieren Solidaritätsarbeit und setzen der praktizierten politischen Justiz eine Gegenöffentlichkeit entgegen. Wir begleiten den Prozess, schreiben Prozessberichte und Artikel, organisieren Veranstaltungen und machen die politischen Zusammenhänge, Dimension und Auswirkungen des Verfahrens zum Thema. Unsere Schwerpunkte liegen dabei beim §129ff StGB und Antimilitarismus sowie allgemein Repression und Überwachung. All dies kostet Geld. Sowohl Anwälte, als auch die Öffentlichkeitsarbeit wollen bezahlt werden. Wir setzen auf Solidarität – und meinen das auch materiell. Am mangelnden Geld soll die Solidaritätsarbeit ja wohl nicht scheitern! Daher: Knackt eure Sparbüchsen, holt den Sparstumpf unterm Bett vor, spendet!

#### Spendenkonto

Thomas Herzog  
Postbank Essen  
KTO 577 701 432  
BLZ 360 100 43  
Verwendungszweck: Sonderkonto  
IBAN DE46 3601 0043 0577 7014 32  
BIC PBNKDEFF

Rote Hilfe e.V.  
Berliner Bank  
Konto: 7189590600  
BLZ 100 200 00  
Verwendungszweck:  
Repression 31.7.2007  
IBAN DE78 1002 0000 7189 5906 00  
BIC BEBEDEBB

Die »Ende einer Dienstfahrt« erscheint anlässlich des Prozesses gegen drei Berliner Antimilitaristen. Axel, Florian und Olli sollen im Juli 2007 einen Brandanschlag in Brandenburg an der Havel verübt haben. Zudem sind sie angeklagt, Mitglieder einer »kriminellen Vereinigung«, der seit 2001 aktiven militanten Gruppe (mg) zu sein. Zumindest behauptet das der Verfassungsschutz (VS), dem dies ein »nachrichtenehrlicher« Spitzel gesteckt haben will. So steht es in der Anklage. Nun muss der VS zugeben: Der Spitzel hat das nur vom »Hörensagen«. Mit anderen Worten: Die Bundesanwaltschaft (BAW) stützt ihre Anklage auf ein Gerücht, zufällig Aufgeschnapptes, Gerede.

Die Kölner Schlapphüte haben inzwischen auch bekannt: Wir wissen weder über die Struktur noch über Mitglieder der mg irgendetwas. 2001 klang das noch ganz anders. Nur zwei Monate, nachdem die mg erstmals in Erscheinung getreten war, erklärte der VS, ihm seien die Mitglieder der Gruppe bekannt. In der Folge

trieb es BAW und Bundeskriminalamt (BKA) immer weiter zu Ermittlungen an. Und das BKA ermittelte.

Beispielsweise als »Die zwei aus der Muppetshow«. So nannten sich zwei Kriminalhauptkommissare des BKA. »Wir haben viele Debatten begleitet, mal aus der Ferne, mal mittendrin und mal einfach nur als interessierte Beobachter.« Das Zitat stammt aus dem Text »Über die Waffe der Kritik und die Kritik der Waffen oder Quo vadis mg?«. Erschienen ist er in der Berliner Autonomenzeitschrift »interim« im Januar 2005.

Bislang galt er als ein Beitrag zur von der mg initiierten Militanzdebatte. Seit dem 26. März 2009 ist bekannt, wer den Beitrag wirklich geschrieben hat, nämlich die beiden BKAler, seit dem 20. April auch warum: als »kriminaltechnische Maßnahme«. Mal sollten damit mg-Mitglieder auf die überwachte BKA-Hompage gelockt, mal der Gruppe Informationen zur Struktur entlockt werden. Deshalb griffen ein Jahr später erneut die beiden BKAler für

eine »interim«-Veröffentlichung zur Feder. Dieses Mal firmierten sie als »Einige Linke mit Geschichte« (mit dem sinnigen Akronym »elmg«).

Bei den Ermittlungen gegen die mg wurde aus einer Maus ein Elefant gemacht (erst der Bundesgerichtshof setzte dem ein Ende, als er klarstellte, dass man es keineswegs mit einer »terroristischen Vereinigung« zu tun habe), mit Kanonen auf Spatzen geschossen (teilweise bis zu achtjährige Ermittlungen, die ergebnislos eingestellt wurden mit allem was die Strafprozessordnung und der Paragraph 129a hergeben – vom Peilsender über Internet- und Telefonüberwachung bis hin zu sogenannten stillen SMS, die stündlich den Aufenthaltsort der Beschuldigten abfragten) – und getrickst.

Für Letzteres gab es bislang nur Hinweise. Jetzt ist öffentlich, dass das BKA lügt und Akten manipuliert – und dabei selbst vor dem Gericht nicht haltmacht. Erst auf Nachfrage und Konfrontation mit einem der Verteidigung zufällig bekannt

gewordenen Aktenvermerks gab ein BKA-Ermittlungsführer zu, dass das BKA an der Militanzdebatte beteiligt war.

Nicht die Tatsache als solches macht stutzig. Stutzig macht, dass das BKA ohne Not die Unwahrheit sagt und Akten fälscht. Denn nach geltender Rechtsordnung ist nichts dabei, wenn »verdeckt« Texte geschrieben werden. Unweigerlich fragt man sich deshalb: Was soll wirklich verborgen bleiben? Hat das BKA, wenn es schon heimlich bei linken Debatten mitdiskutiert, nicht vielleicht auch Anschlagserklärungen verfasst oder war selbst an militanten Aktionen beteiligt?

Spätestens nach den jüngsten Enthüllungen im Prozess gegen Axel, Florian und Olli ist klar: Nichts ist unmöglich. Immer deutlicher wird, dass eine Überprüfung der Vorwürfe nicht möglich ist, wenn der VS bestimmt, was gerichtsbekannt wird, und das BKA Akten fälscht. Mit einem fairen Verfahren hat das nichts zu tun. Ein Prozess auf dieser Grundlage muss konsequenterweise eingestellt werden. w



# DAS PRINZIP DER WAFFENGLEICHHEIT

## TEIL 18-35 DES KAMMERSPIELS IN MOABIT

### ANTIMILITARISTISCHER TICKER

**12.10.2008 • Santa Cruz • USA**  
AktivistInnen gehen am Columbastag gegen ein Rekrutierungsbüro der US-Armee in Santa Cruz mit Farbe und Säure vor.

**16.10.2008 • Eskilstuna/Lariskoga • Schweden**  
Mehrere AktivistInnen der Friedens- und Abrüstungsorganisation OFOG/Avrasta verschaffen sich Zugang zur Waffenfabrik BAE Systems und zerstören mit Hämmern Bauteile für Maschinengewehre. Zeitgleich werden bei Saab 25 Granatwerfer zertrümmert, die unter anderem von der US-Armee im Irak eingesetzt werden.

**2. – 4.11.2008 • Athen/Thessaloniki • Griechenland**  
Gleich zehn Mal greift die »Conspiracy of Cells of Fire« militärische Ziele in Griechenland an. In Athen brennen mehrere Marinefahrzeuge aus. Zudem kommt es in der griechischen Hauptstadt zu Brandanschlägen auf einen Zulieferer digitaler Systeme (ACE HELLAS), den Club und ein Gewerkschaftsbüro ehemaliger Offiziere sowie das Büro des griechischen Verteidigungsministers. In Thessaloniki wird der Club der Reserveoffiziere, eine private Militärschule, eine mit der Armee kooperierende Bank und das Militärgericht attackiert.

**Ca. 10.11.2008 • Gräfenberg**  
Das Gräfenberger Kriegerdenkmal wird mit pinker Farbe verschönert. Jährlich pilgern NPD und JN nach Gräfenberg, um den in beiden Weltkriegen getöteten deutschen Soldaten zu gedenken.

**Ca. 15.11.2008 • Bremen**  
Bremens größtes Soldatendenkmal wird auf der Innenseite fast komplett pink angemalt. Es handelt sich um eine runde Backsteinmauer mit einem Durchmesser von 40-50 Metern. Zudem werden Parolen wie »NATO versenken« und »Soldaten sind Mörder« hinterlassen. Der in den 1930er Jahren von den Nazis errichtete Bau war bereits öfter Ziel antimilitaristischer Engagements.

**16.11.2008 Bochum-Wattenscheid**  
Am Volkstrauertag wollen in Bochum-Wattenscheid Nazis der NPD der »gefallenen deutschen Soldaten« gedenken. Das »Wattenscheider Ehrenmal« wird mit Farbe und antimilitaristischen Aufklebern verschönert, was die Nazis laut NPD-Pressemitteilung wenig erfreut.

**22.11.2008 • Ridley Park Pennsylvania • USA**  
Durch eine Sabotageaktion wird bei Boeing, dem weltweit größten Hersteller militärischer Hubschrauber und Flugzeuge, die Produktion komplett lahmgelegt.

**14./15.12.2008 Magdeburg/Diesdorf**  
AktivistInnen führen aus Solidarität mit den Beschuldigten im Berliner mg-Prozess eine Sabotageaktion gegen Militärfahrzeuge auf dem Bundeswehrgelände in Diesdorf durch. Es werden Reifen zerstoßen, Schlösser verklebt und die Hauswände mit antimilitaristischen Parolen besprüht.

**Dezember 2008 • München**  
Ende Dezember bekommen die beiden Kriegerdenkmäler an der Bavaria in München einen neuen Anstrich. Das Denkmal für den Zweiten Weltkrieg ehrt eine SS-Panzerdivision. Die Aktion richtet sich gegen »eine Tradition, die bis heute reicht, und die Kontinuität des deutschen Militarismus verdeutlicht«.

**18./19.12.2008 • Berlin**  
AktivistInnen setzen in der Nacht zum 19. Dezember einen DHL-Bus in Brand. DHL bewirbt sich momentan um den größten Auftrag der deutschen Transportbranche. Der Auftraggeber Bundeswehr will einen großen Teil seiner Basislogistik abtreten. Dabei geht es um die Lagerung und Bewirtschaftung von Bundeswehrmaterial und den weltweiten Transport von Kriegsgerät, SoldatInnen, Munition, Treibstoff etc.

**24.01.2009 • Berlin**  
Brandanschlag auf einen Ford-Transit eines Zustelldienstes in der Berliner Thaeerstraße.

**Januar 2009 • Berlin**  
Ende Januar brennen in Berlin zwei Transporter der DHL und fünf Fahrzeuge der Deutschen Bahn aus. Beide Zulieferer beteiligen sich am Transport militärischer Güter.

In der zweiten Ausgabe von »Ende einer Dienstfahrt« berichteten wir zusammenfassend über die ersten 17 Prozesstage. Seit Januar 2009 ist der Prozess weiter fortgeschritten. Insgesamt wurden bislang 35 Verhandlungstage absolviert. An den strengen Sicherheitsverfügungen beim Einlass (Durchsuchung der BesucherInnen, Kopien der Personalausweise) und auch im Saal während der Verhandlung (bewaffnete BeamtInnen) hat sich nichts geändert. Nach wie vor hält der Vorsitzende Richter des 1. Strafsenats des Kammergerichts Berlin, Josef Hoch, dies vorverurteilende und stigmatisierende Szenario aufrecht.

**Die schützende Hand der Bundesanwaltschaft**  
Bis Ende Februar wurde der »Komplex Brandenburg« im Saal 700 des Kriminalgerichts Moabit verhandelt. Es ging also vornehmlich um die versuchte Brandstiftung von Bundeswehrfahrzeugen in der Nacht zum 31. Juli 2007 in Brandenburg an der Havel. Dabei waren nicht nur die Ermittlungen im Vorfeld und die Observation am Festnahmetag bzw. die Verhaftung von Axel, Florian und Olli Thema, sondern auch die im Anschluss erfolgten Hausdurchsuchungen und die Beschlagnahmung von Asservaten. Bei der Befragung der PolizeizeugInnen von Bundeskriminalamt (BKA) und Berliner Landeskriminalamt (LKA) tauchten immer wieder Widersprüche auf. Geklärt werden konnten sie meistens nicht. Bei Nachfragen der Verteidigung zogen sich die BeamtInnen in der Regel auf ihre

mangelnde Aussagegenehmigung zurück und mauerten kräftig. Hielt nicht die mangelnde Aussagegenehmigung her, sprang die Bundesanwaltschaft (BAW), in Person des Bundesanwalts Weingarten, den BeamtInnen hilfreich zur Seite.

In Sachen Aussagegenehmigungen fühlt sich das Kammergericht nicht zuständig oder bleibt untätig und verwies auf den Verwaltungsgerichtsweg. Das Verwaltungsgericht sah sich nicht in der Lage, die Aussagegenehmigungen zu überprüfen, solange keine Sperrerklärung der zuständigen Behörden (LKA, BKA) vorliege, die diese wiederum nicht ausstellen wollten. Kafka lässt grüßen! Jedes der Gerichte versteckt sich hinter seiner angeblich fehlenden Zuständigkeit.

Eine Einschätzung der ersten 24 Prozesstage zum »Komplex Brandenburg« fällt schwer. Es bleibt abzuwarten, wie der Strafsenat die bisher verhandelten Sachverhalte bewerten wird. Nach wie vor sitzt die Verteidigung auf einem Haufen unbeantworteter Fragen, auf die die Zeuginnen der Ermittlungsbehörden nicht bereit sind zu antworten. Wie etwa die offenen Fragen zur Festnahmesituation am 31. Juli 2007, bei der gegen einen der Angeklagten massive körperliche Gewalt ausgeübt wurde. Das diesbezügliche Ermittlungsverfahren gegen einen Beamten wurde inzwischen eingestellt. Nebulös ist auch der genaue Zeitpunkt der Identifizierung der Beschuldigten, zu dem die BeamtInnen verschiedene Versionen präsentierten.

Richtig in Fahrt kam der Prozess am 25. und 26. Verhandlungstag mit den La-

dungen des Vizepräsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Hans Elmar Remberg, und des Kriminalkommissars (KHK) Oliver Damm und durch einen umfangreichen Beweisantrag der Verteidigung von Anfang März (vgl. nebenstehenden Artikel).

### Der Verfassungsschutz als Herr des Verfahrens

Wie zu erwarten war, hätte man sich die Befragung des VS-Vizes sparen können. Dabei fußt die Anklage nicht unwesentlich auf einem sogenannten Behördenzeugnis des VS, wonach eine »nachrichtenehrliche Quelle« (= Spitzel) des BfV wisse, dass die drei Angeklagten Mitglieder der mg seien. Remberg wollte allerdings weder zu den genauen Inhalten der Aussage noch zu der Quelle als solcher Angaben machen. Vielmehr machte der deutlich, dass der Wahrheitsgehalt dieser Angaben vom Senat auch künftig in keiner Weise überprüft werden könne.

Mit wesentlich mehr Spannung war der Auftritt von KHK Damm erwartet worden. Damm ist der BKA-Ermittlungsführer in den mg-Verfahren. Und so referierte er vor Gericht über die entsprechenden Erkenntnisse des BKA und des BfV. Beide gehen aufgrund der Analyse von Anschlagserklärungen davon aus, dass die mg bereits vor ihrem ersten Auftritt im Juni 2001 aktiv war. So sollen seit 1995 39 Anschläge auf ihr Konto gehen. Anfänglich bestehende divergierende Einschätzungen in Bezug auf die Vorläufergruppen seien bei einem ge-

meinsamen Treffen zwischen BKA und BfV ausgeräumt oder mit anderen Worten: glatt gebügelt worden.

### BKA der Lüge überführt

Am 34. Prozesstag platzte dann die Bombe. Das BKA hatte von den AnwältInnen zuvor zur Herausgabe angeforderte Sachstandsberichte nicht genügend gesäubert. In den übermittelten Akten fand sich ein Vermerk, der Damm zum Verhängnis wurde und ihn als Lügner überführte: Damm musste, nachdem er zuerst angab, nicht zu wissen, wer einen Text im Rahmen der Militanzdebatte geschrieben habe, zugeben, dass der Text, der unter dem Namen »Die zwei aus der Muppetshow« in der »interim« 611 vom 10. Februar 2005 veröffentlicht worden war, vom BKA selbst verfasst wurde.

Obwohl der Zeuge Damm gelogen hatte, erklärte der Vorsitzende nach einer kurzen Pause, der BKA-Beamte sei, weil er seine Falschaussage unmittelbar korrigiert habe, vom offensichtlichen Meineid strafbefreiend zurückgetreten. Auch hier wieder das bekannte Muster: Das Gericht stellt sich schützend vor die PolizeizeugInnen und ist offensichtlich nicht gewillt, die auf der Hand liegenden Schlüsse zu ziehen. Von einer »Waffengleichheit« zwischen allen Prozessbeteiligten kann keine Rede sein, wenn das BKA Gericht und Verteidigung Akten vorenthält und Beweise manipuliert. Wie formulierte es die Verteidigung? »Spätestens jetzt kann der Prozess gegen unsere Mandanten nicht mehr als faires Verfahren bezeichnet werden. Als Konsequenz muss er eingestellt werden.« Herr Hoch, übernehmen sie! w



# TESTFELD GEGEN DIE RADIKALE LINKE

## DER EINSATZ ALLER BETEILIGTEN BEIM MG-PROZESS IST HOCH

**Eindreiviertel** Jahre nach ihrer Verhaftung haben im laufenden mg-Prozess gegen Axel, Florian und Olli nun die Verhandlungen zum Themenkomplex »Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung« begonnen. Der Prozess läuft somit auf seinen essenziellen Kern zu.

Die Verteidigung hat kurz vor der knapp dreiwöchigen Verhandlungspause mit einem umfangreichen Beweisantrag eine plausible Gegenposition und Neuinterpretation der Anschuldigungen der Bundesanwaltschaft (BAW) präsentiert. Während es ihr gelang, einen

BKA-Ermittler vor Gericht als Lügner bloßzustellen, machen sich gleichzeitig deutliche Ermüdungserscheinungen im Solibündnis bemerkbar.

### Die Mühen der Ebene

Antirepressionsarbeit ist in erster Linie ein anstrengender und langwieriger Abwehrkampf zur Verteidigung und Schadensbegrenzung eines stattgefundenen »GAUs«. Er lässt sich nur mit viel Mühe mit aktuellen gesamtgesellschaftlichen Konflikten von Relevanz zusammenbringen. Die Bezüge zwischen der angeklagten Aktion und weiterver-

breiteten Positionen in der Linken müssen oftmals vom Solibündnis selbst hergestellt werden. Externe Bezugnahmen auf den Prozess sind eher die Ausnahme.

Während die radikale Linke sich mit einer solidarischen Position zum mg-Prozess schwertut, reduzieren BAW und Gericht den Prozess zum strafrechtlichen Exempel: Nicht PolitikerInnen, die mit Hartz IV Millionen von ArbeiterInnen systematisch in Armut und Arbeitslosigkeit bringen, werden verurteilt, nicht Rüstungsfirmen bestraft, deren tödliches Waffenarsenal immer mehr

ZivilistInnen den Tod bringen, nicht diejenigen werden zur Rechenschaft gezogen, die Flüchtlinge an den Grenzen Europas mit systematischer Konsequenz zu Tode verfolgen. Angeklagt wird eine versuchte Brandstiftung mit einem Sachschaden von null Euro, verurteilt werden soll fundamentaloppositioneller Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse.

### Wunderwaffe Vereinigungsverdelikt

Der Prozess ist er für alle Beteiligten ein praxisnahes Testfeld, bei dem der Vorwurf der Mitgliedschaft in einer

# DIE VERRÜCKTE LOGIK DER BUNDESANWALTSCHAFT

## ODER: WIE MAN DIE GESCHICHTE AUCH ANDERS ERZÄHLEN KANN



»Die Realität, die in den Akten dargestellt wird, ist nur eine scheinbare. Die einzelnen Fakten und Indizien werden unter einem spezifischen Raster zusammengestellt und ergeben dann das entsprechende Bild. Würde man nur eine Stellschraube ... verstellen, würde sich auf Grundlage der gleichen Fakten ein anderes Bild ergeben«, so die Verteidigung in einem Beweisanzug Anfang März 2009.

Also machen wir uns ans Werk\*: Gegen vier Beschuldigte wird nicht wie behauptet seit 2005 wegen Mitgliedschaft in der mg, sondern als angebliche Redakteure der Zeitschrift »radikal« ermittelt. Die »radikal« wurde bereits seit den 1980er Jahren illegalisiert und mit einer Vielzahl von vor allem §129a-Verfahren – Werbung für eine »terroristische« Vereinigung – überzogen.

### Konstrukt reloaded: »Lebt und lest radikal!«

Die ErmittlerInnen gegen davon aus, dass es zwischen der »radikal« und der militanten gruppe (mg) eine Verbindung geben muss – spätestens nachdem ein Interview mit der mg in der »radikal« Nr. 158 im Juli 2005 abgedruckt worden war. Als Kontaktperson zwischen »radikal« und mg gilt H. Er ist der Arbeitskollegen eines Mannes, gegen den seit 2002 als angebliches mg-Mitglied ermittelt wird. Bei H. werden Anfang März 2005 in der Laube seiner Mutter versandfertige Ausgaben der »radikal« Nr. 157 gefunden.

Bundesanwältschaft (BAW) und Bundeskriminalamt (BKA) holen darauf hin H.s Freundin im Dezember 2005 auf ihrer Arbeitsstelle ab und vernehmen sie – angeblich als Zeugin wegen zweier

Brandanschläge im September 2004, zu der sich die mg bekannt hat. Tatsächlich wird sie über H. ausgefragt und ihr Fotos von 24 Personen vorgelegt, die der »radikal« oder anderen linken Pressestrukturen zugerechnet werden. Fotos von Verdächtigen, gegen die zu dem Zeitpunkt wegen mg ermittelt wird, sind nicht dabei.

Die ErmittlerInnen überprüfen zudem eine ebenfalls in der Laube gefundene Adressenliste. Auf ihr sind die

### DIE ZÄHNE ZEIGT, WER DAS MAUL AUFMACHT

Die Zeitschrift »radikal« war in den 1980er und 1990er Jahren ein wichtiges Diskussionsorgan der autonomen Bewegung bzw. der militanten Hausbesetzerbewegung in Berlin. Seit Anfang der 1980er Jahre wurde die Zeitschrift massiv kriminalisiert und mit Ermittlungen überzogen. Eine abgedruckte Erklärung der Revolutionären Zellen diente 1982 dazu, ein erstes §129a-Verfahren wegen Werbung für eine »terroristische Vereinigung« zu führen.

1984 werden Benny Härlin und Michael Klöckner als angeblich presserechtlich Verantwortliche für die zu dieser Zeit noch legal produzierten »radikal« zu zweieinhalb Jahren Knast verurteilt. Im Mai als Abgeordnete der Grünen ins Europaparlament gewählt, erhalten sie Immunität. Bis in die 1990er kam es zu zahlreichen Hausdurchsuchungen bei Privatleuten, Buchläden, Verlagen u.ä. 1993-95 wurde ein damals noch nicht gesetzlich geregelter großer Lauschangriff auf vermeintliche Strukturen der »radikal«-Redaktion durchgeführt. Von einer groß angelegten Durchsuchungswelle im Juni 1995 waren etwa einhundert Wohnungen sowie linken Projekten betroffen. 1998 wurden trotz der massiven Kriminalisierung alle eröffneten Verfahren gegen Geldbuße eingestellt. Die »radikal« erschien in der ganzen Zeit in unregelmäßigen Abständen weiter.



»kriminellen Vereinigung« nicht nur der prozessuale Dreh- und Angelpunkt gegen die Beschuldigten ist. Über die konkrete Strafanforderung hinaus kommt dem Vorwurf eine besondere Wirkung zu. Beim Vorwurf der Mitgliedschaft in einer »kriminellen« bzw. »terroristischen« Vereinigung geht durch die besondere Konstruktion als Vereinigungsdelikt eine pauschale Drohung an das gesamte Umfeld der Beschuldigten aus. Sie äußert sich unmittelbar und praktisch in Form umfassender Überwachungs- und Repressionsmaßnahmen.

Über das Ermittlungsaster der sogenannten anfallsrelevanten Themen kommen weitere Personengruppen ins Fadenkreuz von Ermittlungen. Dieser Mechanismus ist ein wichtiges Wesensmerkmal von Vereinigungsdelikten, die in den seltensten Fällen zu einer Verurteilung führen. Ein solches Instrument ist vielseitig einsetzbar. Neben personenbezogenen Ermittlungen geht es mit Blick auf einen bestimmten Teil der Gesellschaft immer auch um öffentlichkeitswirksame Einschüchterung. Und es ist eine willkommene Argumentationshilfe, um neue Ressourcen bei der

Name Andrej Holm sowie zwei weitere Namen von Personen vermerkt, die, so wird recherchiert, alle drei politisch und wissenschaftlich publizieren.

Eigentlich wäre bei einem Verfahren wegen Herstellung und Vertrieb der »radikal« die für Pressedelikte zuständige Abteilung der Staatsanwaltschaft Berlin zuständig – aber das hätte einen weitgehenden Verlust von Ermittlungsbefugnissen mit sich gebracht. Anstatt also ein Ermittlungsverfahren gegen »Unbekannt« einzuleiten, wird das Verfahren nach §129a StGB im Zusammenhang mit der mg und damit unter der Regie der Karlsruher ErmittlerInnen mit weitreichenden Befugnissen weitergeführt.

Zur Begründung muss eine Internetrecherche der BAW vom August 2006 erhalten. Die Texte der mg werden mit im Internet veröffentlichten Texten der drei Wissenschaftler verglichen, die auf der Adressenliste von H. stehen. Die Recherche führt zu dem aussagekräftigen Ergebnis, dass ihre Artikel »Schlagwörter und Phrasen [enthalten], die in Texten der »militanten gruppe« ebenfalls verwendet werden«. »Schlagwörter und Phrasen« wie zum Beispiel »drakonisch«, »politische Praxis« oder »Reproduktion« (vgl. Ende einer Dienstreise Nr. 2)

### Radikal oder militant?

Aufgrund dieser und anderer Banalitäten gelten die Verfasser dieser Texte fortan nicht mehr als »radikal«, sondern als mg. Da der observierte Andrej Holm Kontakt zu Florian hat, stoßen die ErmittlerInnen

auf Florian, da Florian Kontakt zu Olli hat, wird Olli observiert. Axel, Olli und Florian werden im Juli 2007 in Brandenburg bei der versuchten Brandstiftung an Bundeswehr-Lkws festgenommen und gelten als mg-Mitglieder.

Zwar kann bei den drei Wissenschaftlern nur eine Verbindung zur »radikal« vermutet werden. Doch aus ermittlungstechnischen Gründen werden sie zur mg – und aufgrund dessen werden nun auch die drei »Brandenburger« zu Mitgliedern der mg, nach der Logik: Wenn die Kontaktperson H. mg ist, ist auch Andrej Holm mg, also sind auch Axel, Olli und Florian mg.

Mit gleicher Logik könnte aus den Ermittlungsakten allerdings auch geschlossen werden: Weil H. »radikal« ist, ist auch Andrej Holm »radikal«, also sind auch Axel, Olli und Florian »radikal«. Damit wäre aber das Vereinigungsdelikt nach §129 StGB vom Tisch, denn es ginge in erster Linie um ein Delikt im Bereich des Presserechts. Der Vorwurf wegen Brandstiftung an Bundeswehrfahrzeugen stünde dann zwar immer noch im Raum, nicht mehr aber eine Verbindung zur mg. W

\* Grundlage dieses Artikels ist ein umfangreicher Beweisantrag der Verteidigung im mg-Prozess vom 4. März 2009. Er ist nachzulesen unter: <http://einstellung.so36.net>



Aufstandskontrolle und -bekämpfung zu erschließen.

### Der Prozess hat für die BAW Pilotcharakter

Vom Ausgang des mg-Prozesses wird abhängen, ob die seit Jahren anhaltende und ermittlungstechnisch nicht kleinzukriegende Kleingruppenmilitanz in der strafrechtlichen Bewertung in Zukunft als Vereinigungsdelikt gewertet wird. Was beispielsweise in Frankreich noch als legitimes Streikmittel kämpferischer Gewerkschaften angesehen wird, könnte dann in Deutschland mit dem gesamten

Überwachungsarsenal des §129 StGB kriminalisiert werden. Sollte die BAW im mg-Prozess durchkommen und die mg als »kriminelle Vereinigung« festgeschrieben werden, kämen die lediglich bei Vereinigungsdelikten zugelassenen Ermittlungsmethoden schon bei geringfügigen Straftaten zur Anwendung. Ebenfalls denkbar ist, militante Aktionen als mg-Aktionen zu bewerten, um den Ermittlungsdruck zu erhöhen und das Strafmaß für geringfügige Straftaten anzuheben. Es gibt also gute Gründe, den laufenden Prozess nicht aus dem Blick zu verlieren. W

### ANTIMILITARISTISCHER TICKER

#### Januar 2009 • München

In der zweiten Januarwoche wird in München eine DHL-Packstation durch Hammerschläge und Farbe außer Betrieb gesetzt. Die Aktion gegen den Logistikkonzern, der für Bundeswehr und NATO tätig ist, steht im Zusammenhang mit der NATO-Kriegskonferenz. Es ist die zweite antimilitaristische Aktion in München innerhalb kurzer Zeit: Ende Dezember gab es eine Aktion gegen das Kreiswehersatzamt.

#### 31.1./1.2.2009 • Potsdam

In Potsdam schreiben Unbekannte bis zu sieben Meter große Schriftzüge Parolen gegen Bundeswehr und NATO unter anderem auf das Militärgeschichtliche Forschungsamt der Bundeswehr und die Fachhochschule Potsdam.

#### 17./18.2.2009 • Göttingen

Als Reaktion auf eine Militärmusikschau in Lokhalle werden in Göttingen in der Nacht zum 18.2. zwei Kriegsdenkmäler themenbezogen verschönert.

#### Februar 2009 • Wuppertal

Eine DHL-Packstation wird Mitte Februar fast komplett mit roter Farbe eingefärbt. Es entsteht ein Schaden von mehreren tausend Euro. Die Packstation bleibt mehrere Tage geschlossen. Schon Ende Januar wurden im gesamten Wuppertaler Stadtgebiet Briefkästen oliv-grün gefärbt.

#### 20./21. 2.09 • Kassel

In Kassel werden zwei Männer überrascht, die wahrscheinlich einen Anschlag auf ein Bundeswehrdepot verüben wollten. Trotz dreistündiger Verfolgung durch einen mit Wärmebildkamera bestückten Polizeihubschrauber können sie entkommen. Zurück lassen sie jedoch mehrere mit Benzin gefüllte Plastikflaschen, zum Teil mit Klebeband zusammengebunden.

#### 25./26.2.2009 Burg/Magdeburg

In der Nacht brennen in Burg bei Magdeburg drei Funkwagen der Bundeswehr aus. Es entsteht ein Gesamtschaden von etwa hunderttausend Euro. Trotz Feuerwehreinsatz droht der Brand lange Zeit auf die Werkstatt überzugreifen, in der die Fahrzeuge abgestellt sind.

#### März 2009 • Nürnberg

In der zweiten Märzwoche werden in Nürnberg zwei DHL-Packstationen mit rotem Lack und Sprühschablonen aus Protest gegen die Beteiligung der DHL an Kriegseinsätzen der Bundeswehr bemalt.

#### 12.3.2009 • Hamburg

In der Nacht brennen in verschiedenen Stadtteilen fünf Kleintransporter der DHL und eines Subunternehmers aus Protest gegen die Beteiligung der DHL an Kriegseinsätzen der Bundeswehr.

#### 13.3.2009 • Berlin

Unbekannte setzen ein Fahrzeug der Bundeswehr in Berlin-Niederschöneweide in Brand. Das Fahrzeug ist auf dem Gelände des Kreiswehersatzamtes geparkt.

#### 17./18.3.2009 • Karlsruhe

In der Nacht werden drei DHL-Transporter angezündet. Es entsteht ein Schaden von etwa 120.000 Euro. Zu der Tat bekennt sich die Gruppe »militante Antimilitaristen«, die sich in einem Bekenner schreiben auf den anstehenden NATO-Gipfel bezieht.

#### 4./5.4.2009 • Berlin

Im Rahmen des NATO-Gipfels wird das Berliner Zentrum für Internationale Friedenssätze, das Deutsche Institut für Internationale Politik und Sicherheit und die Firma Bombadier mit Farbeiern und Steinen beworfen.

#### 6.4.2009 • Berlin

Im Laufe einer militanten Spontandemonstration, die sich gegen die Repression während des NATO-Gipfels in Strasbourg richtete, werden Steine und Molotowcocktails gegen die Zentrale der SAP geworfen.



DERKURZMELDER

Brandanschlag auf Bundeswehreinrichtung in Dresden

In der Nacht zu Ostermontag wurde der Fuhrpark der Offiziersschule des Heeres der Bundeswehr in Dresden zum Teil in Brand gesteckt. Der Brand brach gegen 3 Uhr aus. Brennende Reifen verursachten eine große Rauchsäule über der Albertstadt. Durch das aktive Abrüsten von 42 Autos, Bussen und Lkws entstand ein Sachschaden von mindestens drei Millionen Euro. In der Offiziersschule des Heeres werden jährlich etwa 4.000 SoldatInnen zu Führungskräften ausgebildet.

Eine Anschlagserklärung wurde u.a. der Redaktion des MDR-Regionalmagazins »Sachsenspiegel« zugesandt. In ihr übernimmt eine »Initiative für ein neues blaues Wunder« die Verantwortung. In dem Schreiben fordert die bisher unbekannt Gruppe ein Ende aller militärischer Einsätze und bekräftigt: »Wenn Ihr nicht abrüstet, tun wir es.« Ergänzend heißt es: »Um menschenverachtendes Kriegsgesetz unbrauchbar zu machen, haben wir es angezündet.« Wir dokumentieren die Erklärung im Original, deren Authentizität von der Polizei bezweifelt wird. Nach ersten polizeilichen Untersuchungen enthalte das Bekenntsschreiben keine Informationen, die auf »tatsächliches Täterwissen« hindeuteten.

»Wenn ihr nicht abrüstet, tun wir es!« Bekanntgabe zum Brand des Bundeswehrlagers auf dem Kasernengelände der Offiziersschule des Heeres in Dresden: Schwerter zu Pflugscharen, Panzer zu Gartenschere! Wenn ihr nicht abrüstet, tun wir es!

Es herrscht Krieg. Die Bundeswehr weitet u. a. ihren Angriffskrieg in Afghanistan im Rahmen des NATO-Kriegsbündnis stetig aus. Jetzt Waffen und Kriegsgesetz zerstören: Das kann jeder, das sollte sogar jeder vernünftige Mensch machen. Heute – nicht morgen, wir können nicht mehr warten. Denn Kriege werden nicht durch Waffen verhindert – auch nicht durch sogenanntes »Peacekeeping«. Die Kriegstechnologie des Militärs, der Rüstungshersteller und Politiker bringt Tod und Zerstörung über die Menschen, verharmlost als Kollateralschäden und Berufsrisiko für Soldaten. Soldaten und Kriege haben auf dieser Welt nichts mehr zu suchen. Ihre Zeit ist abgelaufen. Sie tragen zu keiner Lösung, sondern zur globalen Vergrößerung des Elends bei.

Unsere Erfahrung hat gezeigt, daß keine Situation unausweichlich ist: trotz Stasi und ideologischer Verblendung. Was vor 20 Jahren galt, gilt auch heute noch. Auch der neue Staat hat uns nichts anzubieten, außer den Konsum des Freiheitsversprechens, welches angeblich am Hindukusch verteidigt wird. Die Beförderung von Offizieren am 7. Oktober 2008 erstmals im Rathaus hat das Faß des Gleichmutes zum Überlaufen gebracht. Wir verurteilen militaristische Rituale in öffentlichen Gebäuden und auf öffentlichen Plätzen als Zeichen der Verbundenheit. Durch Politiker, die der Bevölkerung dienen sollten, nicht staatlich besoldeten Mördern. Uns reicht es, wir wollen die Täuschung im Namen von Demokratie und Frieden nicht länger hinnehmen. Wir tanzen nach keiner Melodie der Wendehäule mit ihren Blockflöten.

WHAT BURNS?  
WHAT DESTROYS?  
WHAT KILLS?  
FOR WHAT?  
FOR WHOM?



# DHKP-C-PROZESS IN STAMMHEIM

## DER FOLTERSTAAT TÜRKEI UND EIN DUBIOSER DOPPELAGENT



SCHAFFUNG EINES PRÄZIDENZFALLES, DEMO IN STUTTART IM JULI 2008

Seit deutlich mehr als einem Jahr findet vor dem Stammheimer Strafsenat der Prozess gegen fünf vermeintliche Mitglieder der DHKP-C statt. Die Angeklagten befinden sich unter isolierenden Bedingungen seit zweieinhalb Jahren in Untersuchungshaft. Ein Ende des Verfahrens ist nicht absehbar.

Die Bundesanwaltschaft (BAW) wirft den Angeklagten vor, als Teil der sogenannten Rückfront von Deutschland aus die militante Politik der DHKP-C in der Türkei unterstützt zu haben. Die Anklage basiert nicht unwesentlich auf Prozessunterlagen aus der Türkei. Die BAW will mit ihnen belegen, wie die Organisation aufgebaut ist und welche Anschläge ihr in der Türkei zuzurechnen sind.

Die Unterlagen fußen fast ausschließlich auf Aussagen von ZeugInnen und Beschuldigten, die in der Türkei von der Staatssicherheitspolizei vernommen worden sind. Der Verteidigung liegen klare Hinweise dafür vor, dass diese Aussagen unter Anwendung von Folter entstanden sind: In ihren Prozessen haben viele Betroffene erklärt, dass sie in den ersten Tagen nach ihrer Festnahme von türkischen PolizistInnen misshandelt, bedroht und unter Schlafentzug gesetzt wurden oder aufgrund der Haftbedingungen bzw. Teilnahme an Hungerstreiks nicht vernehmungsfähig gewesen sind. Wie in der Türkei üblich wurde diesen Foltervorwürfen nicht nachgegangen.

**Zynismus pur: Die BAW und Folteraussagen**

In Stammheim hat die Verteidigung der Verwertung der türkischen Folterdokumente widersprochen und dies mit diversen Sachverständigengutachten, Gerichtsurteilen und Berichten von Menschenrechtsorganisationen in der Türkei unterfüttert. Die BAW kümmerte das nicht. Zynisch stellte sie sich auf den Standpunkt: Sicherlich dürften in Deutschland Aussagen, die unter Anwendung verbotener Vernehmungsmethoden entstanden sind, nicht verwertet werden, da damit ein Verstoß gegen die

UN-Antifolterkonvention verbunden sei. Allerdings müsse in jedem Einzelfall der konkrete Beweis erbracht werden, dass in einer bestimmten Vernehmung auch tatsächlich gefoltert worden sei.

Die BAW gibt zwar zu, dass es in der Türkei weiterhin zu Misshandlungen kommt. Für das Stuttgarter Verfahren habe das aber nur dann Bedeutung, wenn die Verteidigung die Folter im Einzelfall nachweisen bzw. beweisen kann, dass in der Türkei Aussagen von ZeugInnen und Beschuldigten immer unter Folter zustande kommen. In der Konsequenz heißt das: Eine Aussage ist für die BAW nur dann nicht verwertbar, wenn die Türkei die Folter zugeben oder die türkischen Folterknechte ihre Misshandlungen selber bestätigen würden.

Damit macht sich die BAW und auch das die Ermittlungen durchführende Bundeskriminalamt (BKA) zum verlängerten Arm der türkischen Folterpolitik. So ist sich das BKA auch nicht zu schade, unkommentiert Mitteilungen der Istanbul Staatspolizei an das Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart mit folgendem abwegigen Wortlaut weiterzuleiten: »Nach Ansicht der türkischen Gesprächsteilnehmer fänden jedoch seit ca. 10 Jahren keine tatsächlichen Übergriffe auf Beschuldigte mehr statt. Vielmehr gäbe es inzwischen ein spezielles Konflikttraining, dass die Beamten zur Besonnenheit erziehen soll.«

Bislang ist nicht erkennbar, dass das OLG Stuttgart die Praxis von BAW und

BKA für kritikwürdig hält, sich zum Sprachrohr türkischer Folterpolitik zu machen und sie letztlich zu legitimieren. Im Gegenteil: Im Herbst letzten Jahres präsentierte das Gericht für die Angeklagten und ihre VerteidigerInnen überraschend hochrangige Staatssicherheitspolizisten des Polizeipräsidiums Istanbul als ZeugInnen.

Die türkischen Polizeizeugen sollten u.a. wiedergeben, welche Aussagen bei polizeilichen Vernehmungen gewonnen worden sind und welche Erkenntnisse die Türkei zur DHKP-C hat. Die Befragung der Zeugen konnte bislang weitestgehend verhindert werden. Das Gericht hat aber deutlich gemacht, dass diese Zeugen nochmals geladen werden sollen. Dabei ist mittlerweile bekannt, dass gegen einen dieser Zeugen in der Türkei zwei Ermittlungsverfahren wegen des Vorwurfs der Folter im Rahmen von Vernehmungen anhängig sind.

**Käpt'n Blaubär erzählt: Die Geschichten des Hüseyin H.**

Neben den Unterlagen aus der Türkei stützt sich die BAW hauptsächlich auf die Aussagen eines mutmaßlichen Doppelagenten. Hüseyin H. hat in einem gegen ihn gerichteten Verfahren behauptet, sowohl für den deutschen Verfassungsschutz als auch für den türkischen Geheimdienst MIT gearbeitet zu haben. Nur deshalb habe er sich der DHKP-C angeschlossen. In diesem Zusammenhang hätte er, angeleitet von den fünf

Angeklagten, ein Fahrzeug von Deutschland nach Bulgarien gesteuert. Hier sei es mit Waffen beladen worden. Wie es der türkische Geheimdienst gewollt hätte, habe er das Auto dann an die türkische Grenze gefahren und dort stehen lassen.

Nach dieser Aussage wurde H. aus der U-Haft entlassen und in den Zeugenschutz genommen. Dass er schon in seinem Verfahren unterschiedlichste Variationen seiner Aussagen abgegeben hat, kümmerte die Ermittlungsbehörden nicht. In Stammheim leugnet der Zeuge nun alle Kontakte zu Geheimdiensten. Er habe dies nur behauptet, um sich wichtig zu machen und aus der U-Haft zu kommen.

Die Waffenlieferung allerdings soll stattgefunden haben, so H. Die Aussagen des sich selbst als Krieger für die Türkei und als heldenhafter Kämpfer gegen das Böse bezeichnenden Kronzeugen sind geprägt von ständigen Wutausbrüchen und Beleidigungen der Angeklagten. Oft kann H. nur durch körperliche Gewalt daran gehindert werden, auf sie loszugehen, und wird dann nach Einnahme starker Psychopharmaka unverdrossen weiterbefragt. Dass das Gericht offensichtlich dennoch an diesem Zeugen festhalten will, spricht Bände. Und dass obwohl die Ermittlungsakten zahlreiche Hinweise enthalten, dass der MIT die Fahrt des H. angeleitet hat und H. als »agent provocateur« tätig war.

Ein Ende des Verfahrens ist nicht absehbar. Das Agieren der BAW lässt deutlich erkennen, dass sie unbedingt eine erste Verurteilung einer türkischen Organisation nach §129b StGB erreichen will. Dieser politische Wille ist offenbar wichtiger als die Einhaltung zentraler Grundsätze eines fairen Verfahrens. W

Ulrich von Klinggräff und Christina Clemm

Die AutorInnen sind Rechtsanwältinnen in Berlin und im Stuttgarter DHKP-C-Prozess als Verteidiger aktiv.





**Ob** »Low Intensity«-Kriege in Lateinamerika, ob der globale Krieg um Hegemonie unter dem Etikett »Krieg gegen Terror«, ob Kriege in ethnisierten Form, wie beispielsweise im ehemaligen Jugoslawien, so unterschiedlich die neuen Kriege sind, sie alle haben eine wesentliche, kaum wahrgenommene Realität: Sie nutzen patriarchale Geschlechterverhältnisse und sie stellen sie her.

In allen Kriegen sind Vergewaltigungen Kriegssystem. Überall dort, wo Verhältnisse militarisiert werden, verschärfen sich polarisierte Geschlechterbilder und -hierarchien: Gewalt gegen Frauen, Vergewaltigungen, Prostitution, Frauenhandel und Frauenverachtung nehmen zu.

Der Irakkrieg hat aus dem Land eine »No-woman-zone« gemacht: 2004 gehen 80 Prozent der Mädchen nicht mehr in die Schule aus Angst vor Gewalt, Vergewaltigungen und Entführung; Frauen und Mädchen werden verkauft und ermordet. Die US-Besatzungsmacht im Irak ignoriert das nicht nur, sie fördert dies: Trotz des Wissens darum arbeitet sie mit frauenverachtenden politischen Gruppen und Stammesführern gezielt zusammen, um ihre Macht zu festigen.

#### Viele neue Kriege – immer zwei Geschlechter

Der Preis dafür ist die Freiheit der Frauen. Das funktioniert, weil Frauen strukturell zum Schweigen gebracht sind. Doch es geht nicht allein um Frauen. Krieg und Kriegsdiskurse bauen auf der Ausblendung und Verleugnung von Wirklichkeiten und anderen Möglichkeiten auf. Dies geschieht immer wieder durch die Schaffung polarisierter Geschlechtercodes und -realitäten.

Geschlechterverhältnisse organisieren ein strategisches Schweigen. Dieses bildet eine wesentliche Voraussetzung für Krieg und Militarisierung. Geschlechterverhältnisse im Zusammenhang mit Krieg zu benennen, heißt in der Regel, Frauen als mittelbare und unmittelbare Opfer von Kriegen, von Gewalt und von Kriegsfolgen sichtbar zu machen. Weit weniger selbstverständlich ist es, die Geschlechterverhältnisse als grundlegendes Moment von Krieg, Militarisierung und Kriegslöschung zu fassen. »Frauen als Opfer« oder »Frauen und Kinder als Opfer« – in dieser Sichtweise bleiben Frauen Objekte, die Hierarchisierung wird fortgeschrieben.

Das Schweigen schließt ein spezifisches Reden mit ein. Das Beispiel Afghanistan macht es deutlich. Zivilisati-



# DAS STRATEGISCHE SCHWEIGEN

## GESCHLECHTERVERHÄLTNISSE IM KRIEG

on versus Barbarei – dieser Dualismus hat den Krieg gegen Afghanistan in Deutschland plausibel gemacht. Ein Argument, das diesem Dualismus nicht nur unter KriegsbefürworterInnen, sondern auch unter KriegsskeptikerInnen breite Zustimmung garantierte, war die Unterdrückung von Frauen in Afghanistan. Die öffentliche Zustimmung zum Krieg war die Zustimmung zur »Befreiung der Frauen« – natürlich im Sinne der Herstellung der Geschlechterhierarchie westlicher Couleur. Doch niemals waren Probleme und Rechte der afghanischen Frauen der Maßstab, es waren u.a. geostrategische Interessen, es waren die Interessen der Regierungen der sogenannten Anti-Terror-Allianz.

Frauen sind und bleiben politische Verschiebemasse, solange ihre Standpunkte an den entscheidenden Stellen nicht zählen. Und das tun sie nicht, solange die patriarchalen Geschlechterverhältnisse mit ihren Wertigkeiten und hierarchischen Arbeitsteilungen bestehen. Erst eine konsequente Einbeziehung der Standpunkte von denen, die unter widrigsten Bedingungen, unter Kriegsbedingungen, unter den destruktiven Bedingungen des globalen Neoliberalismus für das Überleben sorgen, würde Kriege und Profitpraxen delegitimieren. Das sind oft und mehrheitlich – wenn auch nicht ausschließlich – Frauen.

Damit Krieg als Lösung plausibel erscheint, müssen diese Standpunkte ausgeblendet bleiben. Diese Innenseiten von Kriegen müssen in den Erzählungen, der Berichterstattung, der offiziellen Geschichtsschreibung von Kriegen außen vor bleiben. Und d.h. ebenso, dass sie letztlich auch im öffentlichen Bewusstsein über Kriege und Militarisation kaum präsent sind. Nur so bleibt auch die Überzeugung richtig, dass der Status quo der westlichen Länder einfach zementiert werden kann.

#### Kriegslogik und Polarisierungen

Die geschlechtsspezifischen Diskurse, die geschlechtsspezifischen Bewertungen, die gesellschaftlich akzeptierten Polarisierungen zwischen Männlichkeit einerseits und Weiblichkeit bzw. Nicht-Männlichkeit andererseits sind der Boden dafür, dass die zerstörerischen, die konkreten Seiten von Kriegen und Militarisation gesellschaftlich immer wieder ausgeblendet werden. »Argumente« gegen Krieg und Militarisation können immer wieder darüber ausgehebelt werden, indem sie auf den Boden einer geschlechtsspezifischen Zuordnung und Bewertung gestellt werden.

Die Bewertung von Geschehnissen vor dem Hintergrund von Geschlechterverhältnissen ist eine tragende Säule von Kriegskultur und von Kriegslogik. Damit können politische Konzepte, damit kann das Verhalten einzelner abgewertet werden: Der Geschlechterdiskurs funktioniert als Bedrohung vor Ausschluss, davor, »sich lächerlich« zu machen, inkompetent zu sein. Über eine zweigeschlechtliche bzw. vergeschlechtlichte Bewertungsstruktur werden bestimmte Denk- und Verhaltensweisen delegitimiert. Darüber nämlich, dass bestimmte Verhaltens- und Denkweisen mit der »Schwuchtel-Seite« (wimp) oder »Miezen-Seite« (pussy) in Verbindung gebracht werden.

Anders gesagt: »To beat the Wimp-Factor« ist ein wichtiger organisierender Faktor des Sozialen – sowohl in der Politik von Militarisation und Kriegen als auch im persönlichen Verhalten. Beispiele lassen sich zahlreiche finden, im Alltag ebenso wie in politischen Diskursen: So wurde Carters Politik gegenüber der Sowjetunion z.B. mit dem Kommentar belegt: »Under Jimmy Carter the United States is spreading its legs for the Soviet Union.« Geschlechterdiskurse, -codes und -bewertungen funktionieren so immer wieder, um antimilitaristische Perspektiven zu diskreditieren – indem sie als präventives Abschreckungsmittel, als internalisierte Selbstzensur oder auch als vorbeugendes Mittel fungieren, um Einwände oder Alternativen zu verhindern.

#### Transformationen zum Krieg – immer geschlechtsspezifisch?!

Kriege brechen nicht einfach aus. Krieg ist die Eskalation einer Normalität, die in einzelnen Transformationen sichtbar gemacht werden kann, wie zum Beispiel im ehemaligen Jugoslawien. Männer greifen zu stärkeren Worten, sie rotten sich zusammen, sie greifen zu den Waffen, sie vergewaltigen. Frauen militarisieren sich anders: Sie fangen an, Nationalgerichte zu kochen, sie sind stolz auf ihre »starken«, kompromisslosen, und d.h. »männlichen« (!) Söhne und Ehemänner etc., sie reden nicht mehr mit den ethnischen Nachbarn. Geschlechtsspezifische Wege zum Krieg – ein Pendant, ohne einander nicht denkbar.

Es geht um die Herstellung von Homogenität einerseits und die Herstellung »des Anderen« mit (zunehmender) Gewalt, die Ächtung des »Anderen« bis zur Vernichtung andererseits. Wie so etwas gesellschaftsfähig wird, zeigen feministische Aktivistinnen aus dem Kosovo. Die in der Normalität verankerten Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit sind eine Voraussetzung für die Entstehung von Kriegen, so die »Frauen in Schwarz«: Aus Ethnizität wird nationalistisches Bewusstsein, aus nationalistischem Bewusstsein wird Krieg. Diese Transformation ist ohne das Patriarchat, in dem die Idee »des Anderen«, die Polarität und Abwertung bereits strukturell verfestigt und nahegelegt ist, nicht denkbar. Die polarisierte, hierarchische Zweigeschlechtlichkeit, Männlichkeit und Weiblichkeit – als Bilder, als Selbstentwurf sind wesentliche Mobilisierungsfaktoren für Kriege und Militarisation. Sie sind das Gleitmittel, mit dem sich die Transformationen zum Krieg mühelos vollziehen, das ein Klima von ethnischem Hass, der Krieg (Vernichtung und Unterwerfung »des Anderen«) als Lösung legitimiert, nahelegt, ausbreitet.

Gewaltexzesse – wie Krieg – sind ohne die Verankerung von Hierarchie und Gewalt, von Unterwerfung, Abwertung und Normalität nicht verstehbar, erklärbar, denkbar und daher auch nicht fundamental zu verhindern. Es geht darum, diese »Normalität« zu hinterfragen und immer deutlich zu machen, dass in dieser »NORMalität« vieles unterdrückt wird, nicht sein darf und zu verstehen, wie Alternativen zu Militär und Krieg gesellschaftlich undenkbar gemacht werden.

Mit dem Schweigen über die Geschlechterverhältnisse – und das meint

auch das geschlechtsneutrale Reden über geschlechtsspezifische Verhältnisse – verschwinden nicht nur die Frauen aus dem Bild, sondern ganze gesellschaftliche Bereiche und Fragen fallen damit aus der Skala der politischen Wichtig- und Wertigkeiten. Die Frage danach, wie Menschen (vielfach Frauen) das Leben und die Reproduktion in einem sozial und ökologisch zerstörten Land organisieren, hat wenig spektakuläres. Privatsache, unpolitisch. Auch der Kriegsbegriff der Linken reproduziert mit dem Fokus auf Militärische – Bomber, Bomben, SoldatInnen, Kämpfe, Kriegsgeschäfte, Militärraushalte – diese Wertigkeiten und Koordinaten. So wird eine Normalität fortgeschrieben, in der die Herstellung patriarchaler Geschlechterverhältnisse als zentrales Moment des Kriegszustands unsichtbar und unfassbar bleibt. W

Ariane Bressell

Der Beitrag wurde redaktionell gekürzt. Der vollständige Text unter dem Titel »Krieg ist Frieden: Feministisch-antipatriarchale Antikriegspolitik im globalen Norden« ist hier zu finden: <http://einstellung.so36.net/de/prozess/zeitung/artikel/1372>

### DERKURZMELDER

**FORTSETZUNG** -> Wir müssen den Kriegen ihre materielle Grundlage entziehen. Eigenverantwortliche Abrüstungsschritte sind dabei das Gebot der Stunde. Um menschenverachtendes Kriegsgerät unbrauchbar zu machen, haben wir es einfach angezündet.

Die Offiziersschule des Heeres in Dresden ist die zentrale Ausbildungsstätte der Bundeswehr. Seit 1998 durchlaufen hier jährlich mehr als 1400 Offiziere und Anwärter die Lehrgänge zum Töten auf Befehl. Auf dem Gelände existieren Gefechtsstandsimulatoren, in den Hörsälen wird Taktik, Logistik und Geschichte gelehrt: Kriegswissen. Das Wappen der Offiziersschule glorifiziert mit seinem eisernen Kreuz »das Soldatentum seit 1813 über alle Kriege und politische Veränderungen hinweg«. »Der Schildgrund symbolisiert« passend »in Rot die Bindung des Soldatenberufes« an den Mord anderer Menschen »bis hin zur Aufopferung des eigenen Lebens« als kümmerlicher Held.

- Keine weiteren Militärriptide vor der Semperoper!
- Schluß mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehrfahrzeuge!
- Keine Inlandseinsätze von Soldatenberufen!
- »No pasaran« für kriegsverherrlichende Neonazitruppen und deren alljährlichen Aufmarsch im Februar!
- Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus!

Aus der Proklamation der provisorischen Regierung der Bunten Republik Neustadt: »Jede Verherrlichung von Krieg, Militarismus, Faschismus und Rassismus in der BRN verboten (...)  
«

In Erinnerung an Jorge Gomondai, der von rassistischen Jugendlichen aus der Straßbahn geworfen wurde und dadurch am 6.4.1991 im Alter von 28 Jahren verstarb.

#### Initiative für ein neues blaues Wunder

#### Freispruch

Weil zwei AntimilitaristInnen Aufkleber mit dem Bild eines brennenden Bundeswehrjeep und dem Zusatz »Why not?« geklebt hatten, wollte sie die Staatsgewalt kriminalisieren. »Belohnung und Billigung von Straftaten« lautete der Vorwurf der Staatsanwaltschaft.

Das Motiv der Spuckies war dasselbe einer Veranstaltung namens »Kriegsgerät interessiert uns brennend«, die schon vor einem Jahr Thema im Berliner Abgeordnetenhaus war. Auf eine Anfrage des CDU-Abgeordneten Frank Henkel stellte der Berliner Innensenator Ehrhart Körting klar, dass sich in diesem Zusammenhang keine strafrechtlich relevanten Sachverhalte ergäben.

Die Anwälte der Angeklagten hatten deshalb am ersten Verhandlungstag beantragt, Körting als Zeuge zu laden. (vgl. Ende einer Dienstreise Nr. 2)

Die Richterin stellte zu Beginn des zweiten Verhandlungstages klar, dass sie nicht entgegen der Auffassung des Berliner Innensensors und obersten Verfassungsschützers urteilen könne und somit ein »Verbotsirrtum«, in diesem Falle sogar ein unvermeidbarer Vorliege. Dies zieht zwingend einen Freispruch nach sich.

So endete nach gut einer halben Stunde die Verhandlung. Entgegen den als Zeugen geladenen Polizeibeamten, die an der Festnahme und der Vernehmung der Angeklagten beteiligt waren und denen ihr Verurteilungswunsch in Gesicht geschrieben stand, werteten die, wie schon am ersten Verhandlungstag zahlreich erschienenen BesucherInnen den Freispruch als Erfolg gegen den Versuch, eine Stimme gegen den Krieg zu kriminalisieren.



DERKURZMELDER

Protest gegen  
Schnellverurteilung von  
NATO-Gipfel-Gegnern

Vor der französischen Botschaft in Berlin haben am 11. April 2009 rund 200 Menschen gegen die Schnellverfahren protestiert, mit denen mehrere TeilnehmerInnen der Proteste gegen den NATO-Gipfel am 3./4. April 2009 zu Haftstrafen von bis zu einem halben Jahr ohne Bewährung verurteilt worden sind. Das Demonstrationsrecht war in Strasbourg massiv behindert, DemonstrantInnen mit Gummigeschossen und Tränengas beschossen sowie mehrere Hundert Menschen willkürlich festgenommen worden. Bei den Schnellverfahren hat es keine Beweisaufnahme und somit keine Chance gegeben, die Vorwürfe gegen die Angeklagten zu entkräften. Justiz und Politik in Frankreich wollten offenbar mit hohen Haftstrafen gegen »komplett willkürlich festgenommene Menschen« ein Exempel statuieren. Unter den Verurteilten sind auch mehrere Deutsche.

Go-In am NATO-Hauptquartier  
in Brüssel

Bei einem Go-In am NATO-Hauptquartier in Brüssel kam es beim Versuch, die Zäune zu überwinden, zu über 300 vorläufigen Festnahmen durch die Polizei. Hunderte AktivistInnen hielten Transparente in der Hand auf denen Slogans wie »No to Nato« zu lesen war und die Abschaffung des Militärbündnisses, der Abzug aus Afghanistan und der Umzug von hunderten von Nuklearwaffen aus Europa in die USA gefordert wurde. Die DemonstrantInnen, die an den Protesten teilnahmen, gaben an, dass die NATO ihre Sicherheit gefährde. Unter anderem sollten bei der Aktion Tore, Grenzen und Türen symbolisch versiegelt werden. Aufgerufen zu dem Protest hatte die belgische Friedensgruppe »Nato Game over«.

Auch in Nieuw Milligen in den Niederlanden kam es zu 35 Festnahmen beim Versuch das Gelände eines Luftwaffenstützpunktes zu betreten. Bereits im letzten Jahr um die selbe Zeit beteiligten sich etwa 1.000 Menschen aus 17 verschiedenen Ländern an einer vergleichbaren Aktion.

<http://www.vredesactie.be/page.php?id=160>  
<http://www.youtube.com/watch?v=gQPYO1aUfZB&feature=related>  
<http://www.youtube.com/watch?v=r-6-bx7yfQyM>

# POLITISCHE VERSUS »NORMALE« GEFANGENE

## EINE UNTERSCHIEDUNG, DIE IM KNASTALLTAG WENIG SINN MACHT



»Wenn du die Hölle verdienen willst, brauchst du nur im Bett zu bleiben. Die Welt ist Ungerechtigkeit; wenn du sie hin nimmst, bist du ein Mitschuldiger.« Jean-Paul Sartre in »Teufel und der liebe Gott«

In jedem Knast treffen wir auf Mitschuldige, Unschuldige und an der Ungerechtigkeit der Welt zerbrochene Charaktere, die dann selbst Ungerechtigkeit üben, die in ihrer eigenen Hölle leben, sich betäuben mit Alkohol, Fernseher, DVD, Playstation. Manchmal frage ich mich, ob sich der Strafvollzug letztlich wirklich derart von dem Leben außerhalb der Mauern unterscheidet, wie gemeinhin angenommen. Ich weiß, für viele ein anstößiger Gedanke.

Heute aber über das Verhältnis politischer und »normaler« Gefangener zu schreiben, möchte ich nicht. Denn: Knast ist Knast – egal ob jemand in Haft sitzt, weil er/sie, um den Drogenkonsum zu finanzieren, einen Raub begangen hat, oder aber weil er/sie aus dezidiert politischen Gründen gehandelt hat. Beide sitzen sie hinter Gittern; und diese Gesellschaft, dieses politische System würde kein Deut besser, entließe man alle politischen Gefangenen, sperrte jedoch all die anderen Menschen weiterhin ein.

Freilich unterscheiden sich mitunter die Bewältigungsstrategien im Umgang mit der Situation im Knast. Hier die von ihrer politischen Szene unterstützten Gefangenen, die dadurch Kraft schöpfen und gegebenenfalls den schädlichen Wirkungen des Freiheitsentzugs durch die über Jahre hinweg geleistete Solidarität begegnen können. Dort die übrigen Gefangenen, alsbald nach ihrer Inhaftierung vom früheren Umfeld verlassen

und vergessen, deren ganzes Erleben und Denken nur noch im Gefängnis stattfinden, allzu oft ohne soziale Kontakte nach »draußen«, die sich dann, wie oben angedeutet »betäuben« und nicht in der Lage oder Willens sind, sich und ihren Status als Mensch zu verteidigen.

Den Mensch wahrnehmen

Die Lebensrealität kann sich unterscheiden, wobei es auch bei den »normalen« Gefangenen einige gibt, die auf stabile Strukturen außerhalb der Knastmauern bauen und vertrauen können. Soweit die Knastleitungen/Justizministerien die verschiedenen Gefangenengruppen unterschiedlich behandeln, führt dies zumindest heute nicht mehr zu einer besonderen Solidarisierung innerhalb der Gefangenenpopulation. Eher begegnet einem Unverständnis in Form von: »Mensch, dann sag doch, dass du jetzt anders denkst, dann lassen sie dich bestimmt raus« (oder ähnlich). Eine Haltung, die so auch in der »freien« Gesellschaft beobachtbar ist, beispielsweise wenn ArbeiterInnen sich versuchen, gewerkschaftlich zu organisieren, deshalb dem Druck des Arbeitgebers ausgesetzt sind und sie dann von KollegInnen hören müssen: »Hey, lass das doch sein, Du bekommst nur Ärger.«

Deshalb ist meines Erachtens nicht nur eine Unterstützung der politischen Gefangenen, sondern auch all der anderen wichtig. Bei Letzteren mag es dann auch Enttäuschungen geben, eben weil ihnen Einsicht in Zusammenhänge fehlt, die die politischen Gefangenen durch ihre Arbeit längst gewonnen haben. Jedoch sollten auch negative Erfahrungen nicht davon abhalten, es immer und immer wieder zu versuchen.

Immer wieder treffe ich auf Gefangene aus sozial schwierigen Verhältnissen. Hier bedeutet es eine besondere Herausforderung, überhaupt ihr Vertrauen zu gewinnen. So mancher freut sich schon sehr, wenn ihm mal jemand vorurteilsfrei zuhört, ihn/sie also nicht auf »die Tat« reduziert, sondern den Menschen wahrnimmt. Es geht nicht um – wie man vielleicht vermuten könnte – sozialarbeiterische Intervention, sondern schlicht »nur« darum, Mensch zu sein.

Es gibt immer Vereine, die Kontakte zu Gefangenen vermitteln (in Berlin z.B. »Freiabonnements für Gefangene e.V.«, Köpenicker Str.175, 10997 Berlin. Dieser Verein vermittelt bundesweit Gefangenen Zeitungsfreiabos und eben auch Briefkontakt nach »draußen«). Ein Anfang könnte über sie gemacht werden, Briefkontakt aufzunehmen. Das mag für manche einfacher sein, als sich über freie Gefangenenhilfsvereine gleich an einen direkten Kontakt im Rahmen von Betreuungsgruppen zu wagen. Bundesweit werden nämlich immer Menschen gesucht, die bereit sind, sich entweder in Gesprächsgruppen im Knast einzubringen oder im Rahmen von Einzelbetreuungen.

Politische Gefangene erhalten in der Regel über Jahre hinweg aus ihrem politischen Umfeld Besuch. Es gibt jedoch auch andere InsassInnen, die »Sozialen«. Und bei denen brechen die oftmals so wieso fragilen familiären oder freundschaftlichen Bindungen weg, und ich kenne genügend Fälle, in denen Gefangene seit Jahren keinen Besuch erhalten.

Ohne soziale Beziehungen geht es nicht

Enttäuschungen kommen dabei genauso vor wie im Leben draußen. Wer als Frau

einem männlichen Gefangenen schreibt, kann sich unverhofft damit konfrontiert sehen, dass der Gefangene eine intensive Beziehung möchte. Davon sollte sich niemand entmutigen lassen, sondern einfach die eigenen Grenzen aufzeigen. Sie werden in aller Regel respektiert, vor allem wenn reflektiert wird, woher der Wunsch des Gefangenen herrührt.

Wir leben hinter Gittern in einer sozial wie sensorisch sehr reduzierten Umgebung, die für keine Menschenseele wirklich gesund ist (und das schließt die WärterInnen und Co. ein). Untersuchungen neueren Datums gehen davon aus, dass ca. 80 Prozent der Gefangenen therapeutisch behandlungsbedürftig sind. Deshalb sind stabile soziale Beziehungen und Bindungen so wichtig. Wer sich in seiner (politischen) Arbeit und seinen Kontakten auf die dezidiert politischen Gefangenen kapriziert (wobei es auch in dieser Szene zu Binnendifferenzierungen kommt in Form und Intensität der Unterstützung, je nachdem, ob jemand »total unschuldig« oder vielleicht nicht doch ein bisschen mehr schuldig ist), mag sich besser fühlen. Sicher, es ist leichter sich für jemanden wie Mumia Abu Jamal einzusetzen (der unbestreitbar jede Form der Hilfe verdient und nötig hat!), als für den Räuber in der Strafanstalt in der nächstgelegenen Stadt.

Ungerechtigkeit jedoch darf niemals hingenommen werden! Und Knäste sind zu Stein gewordene Ungerechtigkeit an sich – Ausdruck einer Gesellschaftsordnung, die überwunden werden kann und überwunden werden muss. W

Thomas Meyer-Falk, z.Zt. JVA Bruchsal  
<http://www.freedom-for-thomas.de>



# HIER SPRICHT DIE DIKTATUR DES ROTEN ANTIQUARIATS!



## HEUTE: KURT HILLER – EIN REVOLUTIONÄRER PAZIFIST

◀ Kurt Hiller

Während die Kurt Tucholsky und der spätere Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky zu den Koryphäen der deutschen Friedensbewegung zählen, ist die Biografie eines Kurt Hiller (1885-1972) nahezu unbekannt. Grund für uns, sie ans Tageslicht zu holen. Hiller vereinigt in widersprüchlicher Art und Weise »liberale« Sozialismusvorstellungen mit einem anti-militaristisch-pazifistischen Grundverständnis und dem Engagement gegen die (strafrechtliche) Diskriminierung von Homosexuellen. Hiller ist in seinen literarischen Beiträgen durch eine spitze Feder und eine »non-konformistische« Wahl seiner Bündnispartner aufgefallen.

### Stationen seines literarischen Wirkens

In Berlin wurde Hiller als freier Schriftsteller zu einem der Pioniere des literarischen Expressionismus. 1909 gründete er den »Neuen Club« und veranstaltete mit Unterstützung von bekannten Künstlern wie Tilla Durieux, Else Lasker-Schüler und Karl Schmidt-Rottluff sogenannte Neopathetische Cabarets. Nachdem er sich aus dem Club zurückgezogen hatte, richtete er das literarische Cabaret GNU ein. Für die Zeitschriften »PAN« und »Der Sturm« schrieb er zahlreiche Beiträge, ebenso wie für Franz Pfemferts »Die Aktion«. Pfemferts »Aktion« wurde vor und während des Ersten Weltkriegs zu einem wichtigen Forum der linken Fraktionen innerhalb und außerhalb der SPD, die sich gegen die Burgfriedensmentalität und den Sozialchauvinismus vor allem der sozialdemokratischen Parteinstanzen wandten.

1912 ist Hiller Herausgeber der wahrscheinlich ersten expressionistischen Lyrikanthologie in Deutschland mit dem Titel »Der Kondor«. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs gilt Hiller als Begründer des »literarisch und literaturkritisch geprägten Schattens des Expressionismus«, des »Aktivismus«. Mit dieser Strömung ist Hiller angetreten, »die dekadente Politik zu durchgeistigen«. Hiller ist bei der Herausgabe von Publikationen, in dem der »Aktivismus« sein Forum findet, eifrig. Dazu gehören die fünf Jahrbücher mit dem Titel »Das Ziel«. Diese »Manifeste des Tätigen Geistes« erscheinen zwischen 1916 und 1924. Der »Aktivismus« soll aber auch organisatorische Züge annehmen: 1917 gründet Hiller den »Bund zum Ziel« und den »Aktivistenbund«, aus dem nach der Novemberrevolution 1918 der »Politische Rat geistiger Arbeiter« wird.

### Revolutionärer Pazifismus und idealistischer Sozialismus

1919 gründete Kurt Hiller zusammen mit Helene Stöcker und Armin T. Wegner den »Bund der Kriegsdienstgegner« (BdK). Helene Stöcker (1869-1943) gab als Frauenrechtlerin und Pazifistin die Zeitschrift »Die neue Generation« heraus. Mit Stöcker verband Hiller eine lebenslange Freundschaft (»Kampfkameradererei«, so Hiller).

1920 trat Hiller der »Deutschen Friedensgesellschaft« (DFG) bei, zu deren linkem Flügel er gehörte. Hier setzte er sich dafür ein, dass sich der deutsche Pazifismus an der Sowjetunion orientieren müsse, obwohl er der Politik der Bolschewiki kritisch bis ablehnend gegenüberstand. Da die Mehrheit der DFG aber auf das bürgerlich-demokratische Frankreich ausgerichtet blieb, kam es zu heftigen Konflikten innerhalb des pazifistischen Spektrums, die eskalierten, als Hiller in KPD-nahen Blättern den bürgerlichen PazifistInnen vorwarf, sie würden sich von der französischen Seite funktionalisieren lassen. Diese Polemik Hillers löste u.a. eine Reaktion von Carl von Ossietzky aus. Dieser kommentierte im Oktober 1924 in der Zeitschrift »Das Tage-Buch« die Turbulenzen unter den Friedensbewegten: »Was ausgerechnet im pazifistischen Lager an Verunglimpfung und Ketzerichterei geleistet wird, das ist selbst für deutsche Verhältnisse maßlos (...) Der Oberaufseher in diesem pazifistischen Stadelheim ist Herr Kurt Hiller.«

Hiller gründete 1926 die »Gruppe Revolutionärer Pazifisten« (GRP), mit der er innerhalb der DFG vergeblich versuchte, seinen Einfluss zu vergrößern. Der GRP schlossen sich u.a. Kurt Tucholsky, Ernst Toller und Klaus Mann an; bei dem Sohn von Thomas Mann ist eine Mitgliedschaft allerdings nicht zweifelsfrei nachweisbar. Der revolutionäre Pazifismus der Hiller'schen Prägung schloss im Zusammenhang mit einer fundamentalen Gesellschaftsumwälzung »progressive Gewalt« nicht aus: »Pazifismus heißt nicht Friedfertigkeit. Wer meint, der Pazifist müsse, seiner Definition nach, ein friedlicher, sanftmütiger, durchaus nachgiebiger, toleranter Mensch sein, ein niemals opponierendes, sich auflehndes, aggressives gar zornentbranntes, vielmehr vom Honig der Eintracht und von allen Salben bedingungsloser Menschenliebe triefendes Demutgeschöpf, der hat den Pazifismus gründlich mißverstanden. Pazifismus bezeichnet keine Lammesgesinnung und keine Betschwertugend, sondern die kämpferische Bewegung für eine Idee. Für welche Idee? Nicht für die Idee, daß auf Erden zwischen den Menschen und Menschengruppen Kämpfe aufhören, sondern für die Idee, daß auf Erden Kriege aufhören; Krieg ist eine Form des Kampfes, ist blutiger Leiberkampf von Massen auf Leben und Tod, von Massen innerlich vielfach Unbeteiligter, also unschuldig in den Tod Gehetzter - und diese Form menschlicher Auseinandersetzung, weil sie eine unmenschliche ist, will der Pazifismus aus der Welt schaffen.«

In seiner Studienzeit kam Hiller mit den Ideen des Begründers des linkssozialdemokratischen »Internationalen Sozialistischen Kampfbundes« (ISK), Leonhard Nelson, in Berührung. Neben seiner politisch-ideologischen Nähe zum ISK entwickelte er eigenständige Interpretationen eines nicht-marxistischen »freiheitlichen Sozialismus«, da »der Marxismus Menschen (ab)stößt, statt sie zu gewinnen«. Hillers Sozialismusverständnis fußt demnach nicht auf dem Historischen Materialismus der marxistischen Gesellschaftsanalyse, sondern ist durchzogen von idealistischen und teils mystisch anmutenden Ansätzen, die den

Kampf gegen den Kapitalismus eher in der Zirkulations- als in der Produktions-sphäre verorten.

Nicht zuletzt kommt in Hillers Sozialismusauslegung ein klassenübergreifendes und »vergeistigtes« Motiv zum Ausdruck: »Wir freiheitlichen Sozialisten sind Sozialisten um der Gerechtigkeit willen, um der Wirtschaftsvernunft willen, um der Auslese willen, nicht zuletzt auch um des dauernden Völkerfriedens willen; und vielleicht sind wir damit selber eine Brücke zwischen den Sozialisten des reinen Klasseninteresses und den Freiheitlern, den Befeuerten, den Ideemenschlichen ganz anderer Klassen und ganz anderer politischer Distrikte.« Neben dem Über-den-Klassen-Schweben findet sich, nicht ganz zufällig, in Hillers Texten und Reden eine stark national gefärbte und verklärte Sichtweise: »Ich leugne weder Ehre noch Nation. Freilich, die echte Ehre der Nation fordert andres als den Mord. Sie fordert Solidarität im Erfüllen der ewigen Aufgabe des schöpferischen Geistes.«

### Aktivist der Schwulenbewegung und antifaschistisches Engagement im Exil

Hiller arbeitete als Schwulenaktivist im 1919 von Magnus Hirschfeld in Berlin gegründeten Institut für Sexualwissenschaft mit und trat dem »Wissenschaftlich-humanitären Komitee« (WhK) bei. 1922 veröffentlichte Hiller die damals weithin beachtete Publikation »§ 175: die Schmach des Jahrhunderts«. Die Intention dieser Einrichtungen war in erster Linie, Homosexualität, aber auch Abtreibungen, zu entkriminalisieren und den vorherrschenden Diskurs zu durchkreuzen, in dem Schwul- bzw. Lesbisch-Sein pathologisiert wird.

Mit der Machtübertragung an die Nazis 1933 wurden Hillers Betätigungsfelder verboten. Er wurde als Jude, Homosexueller und Sozialist mehrere Male verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt. Nach einer kurzfristigen Entlassung gelang es ihm, nach Paris ins Exil zu flüchten. Danach verschlug es ihn nach Prag. Dort mühte er sich, eine partei- und strömungsübergreifende antifaschistische Sammlungsbewegung zu initiieren. Vor dem drohenden Einmarsch des Nazimilitärs rettete sich Hiller 1938 nach London. Auch hier sucht er nach einem Bündnis antifaschistischer Kräfte und ruft den »Freiheitsbund Deutscher Sozialisten« ins Leben – wiederum ein vergeblicher Versuch eines Einigungsprojektes. Während seiner Zeit in Prag gibt er zusammen mit dem sogenannten Nationalrevolutionär Otto Strasser, der als exponierter Vertreter des »linken« NSDAP-Flügels aus der Nazi-partei verbannt wurde, die »Prager Erklärung« heraus, die eine Manifestation gegen den Nazifaschismus darstellen sollte.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Remigration in die BRD 1955 entschloss sich Hiller zu einem nochmaligen organisatorischen Projektstart, um seine Vorstellungen eines »freiheitlichen Sozialismus« propagieren zu können. Aber auch dieser »Neusozialistische Bund« konnte kaum eine gesellschaftspolitische Resonanz vorweisen, auch wenn er partiell von westdeutschen Intellektuellen wie Ossip K. Flechtheim, Karlheinz Deschner und Martin Niemöller unterstützt wurde.

ZEITUNG GEGEN KRIEG,  
MILITARISMUS,  
DIE MG-VERFAHREN  
UND REPRESSION

EINSTELLUNG!

4 | 2009  
SEITE VII

### DER TERMINATOR

#### 5. antikapitalistische Walpurgisnacht

Motto »Bullen, Bonzen, Banken – Weist sie in die Schranken. Gegen Gentrifizierung und Nazipräsenz überall!« Mit Bands: Bastardos Four, Knattertones und Support. Veranstaltet von: Berliner Anti-Nato-Gruppe und Stern-Burg-Brigade. Eintritt frei.  
Berlin • 30. April 2009 • 14.00 Uhr • Boxhagener Platz (Friedrichshain)

#### »Nazis wegputzen! Zusammen Gutes tun: Am 1. Mai - Köpenick bleibt nazifrei!«

Ein breites Bündnis mobilisiert gegen das NPD-Strassenfest im Berliner Bezirk Trepow-Köpenick und hat sich fest vorgenommen, die Nazis zu blockieren. Weitere Informationen: <http://1-mai-nazifrei.tk>  
Berlin 1.05.2009 • 10.00 Uhr • S-Bhf. Köpenick

#### Klassenkämpferischer Block auf der 1.-Mai-DGB-Demo

Mehr Informationen:  
<http://klassenkampfblock.blogspot.de>  
Berlin • 1. Mai 2009 • 10.00 Uhr • Wittenbergplatz (Schöneberg)

#### Maydayparade

Unter dem Motto »Kapitalismus ist eine permanente Krise«. Mehr Informationen:  
<http://maydayberlin.blogspot.de>  
Berlin • 1. Mai 2009 • 13.30 Uhr • Unter den Linden Höhe Bebelplatz (Mitte)

#### Revolutionäre 1.-Mai-Demo

Unter dem Motto »Kapitalismus heißt Krieg und Krise!« Mehr Informationen:  
<http://www.erstermai.nostate.net/>  
Berlin • 1. Mai 2009 • 18.00 Uhr • Kottbusser Tor (Kreuzberg)

#### V. Internationaler Kampf- und Feiertag der Arbeitslosen

»Alle Arbeitslosen und Arbeitsverweigerer – Auf zum 2. Mai!« Veranstaltet von: Die Surfpoeten – Liga für Kampf und Freizeit. Weiter Infos: <http://www.geissel-der-menschheit.de>  
Berlin • 2. Mai 2009 • 13.00 Uhr • Senefelder Platz (Prenzlauer Berg)

#### Proteste gegen die Bundeswehr auf Ausbildungs- und Studien- börse

Auf der diesjährigen Bernauer Ausbildungs- und Studienbörse will auch die Bundeswehr mit ihrem Info-Truck dabei sein. Ein guter Grund zu protestieren. Weitere Infos: <http://antimil.blogspot.de>  
Bernau • 15. Mai 2009 • 11-17 Uhr  
Paulus-Praetorius-Gymnasium,  
Lohmühlenstraße 26

#### Der gläserne Mensch

Fünfte Veranstaltung in der Reihe »Traumatisierung und Widerstand«, dieses Mal zum Thema »Traumatisierung und ständige Beobachtung«. Ständig bewacht, überwacht und verfügbar zu sein, entgrenzt, nimmt die Stabilität, die Menschen mit traumatisierenden Erfahrungen besonders brauchen. Wie kann Stabilität kollektiv erreicht werden?  
Berlin • 24. Mai 2009 • 19.00 Uhr • Stathaus Böcklerpark, Prinzenstraße 1 (Kreuzberg)

#### Antimilitaristischer Stadtspaziergang

Infos unter:  
<http://antimilitaristisch-unterwegs.so36.net/>  
Berlin • 26. April und 7. Juni 2009 • 14.00 Uhr • Denkmal Herbert-Baum-Gruppe, Lustgarten, Unter den Linden (Mitte)

#### Prozesstermine

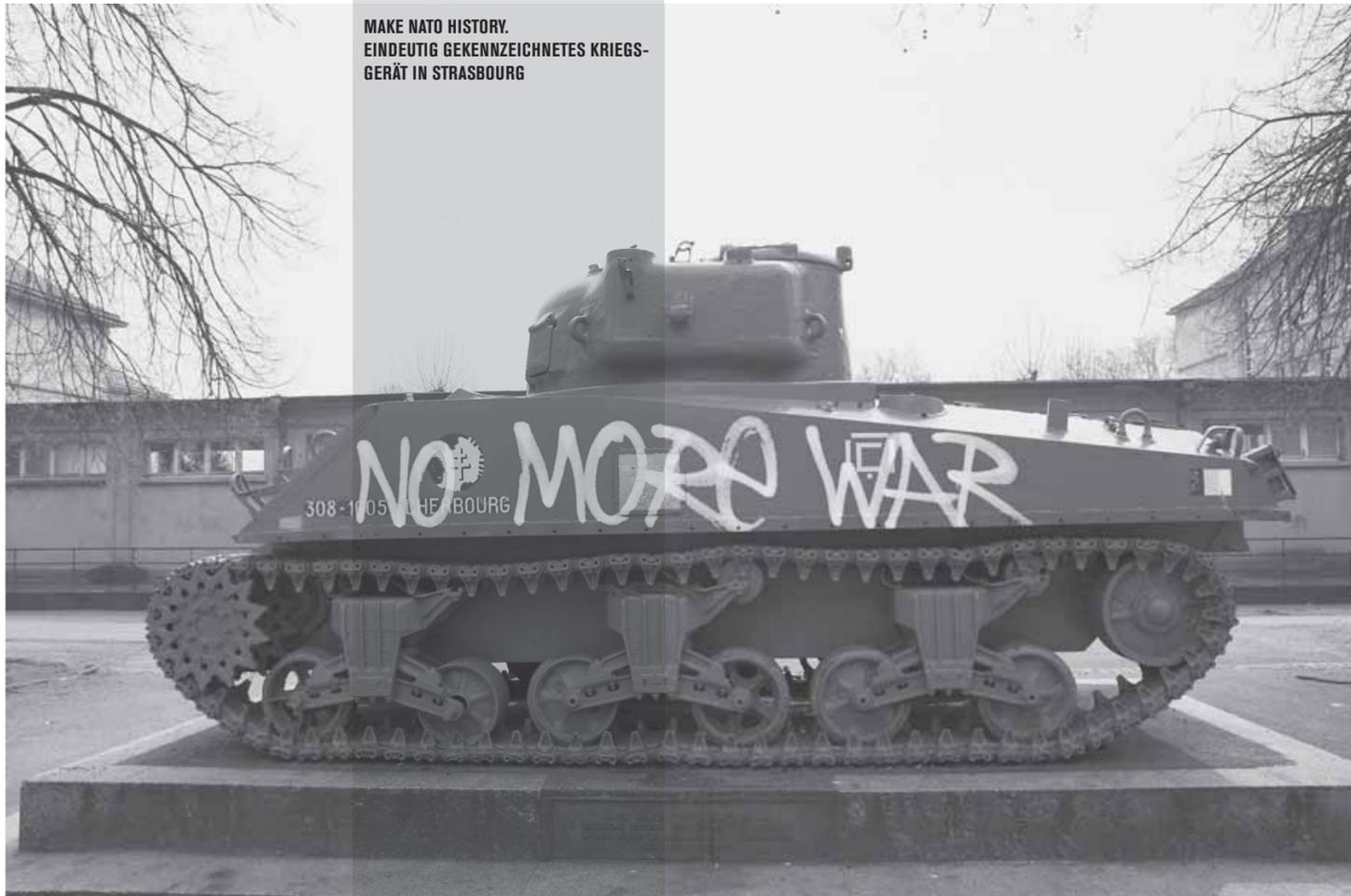
Bis auf Weiteres jeden Mittwoch und Donnerstag. Aktuelle Informationen unter <http://einstellung.so36.net>  
jeweils um 9.00 Uhr • Gerichtsgebäude  
Moabit • Turmstraße 91 • Saal 700



# DAS VERMITTELTE BILD IST LÄNGST BRÜCHIG

## ANTI-NATO-PROTESTE TROTZ AUSNAHMEZUSTAND UND MEDIENINSZENIERUNG

MAKE NATO HISTORY.  
EINDEUTIG GEKENNZEICHNETES KRIEGS-  
GERÄT IN STRASBOURG



**Politik** und Polizei auf deutscher und französischer Seite hatten es im Vorfeld der Feierlichkeiten zum 60. Geburtstag der NATO angekündigt: Der Gipfel sollte störungsfrei verlaufen. Was solche Aussagen in der Praxis bedeuten, ist GipfelgegnerInnen seit Jahren bekannt: Die exekutiven Möglichkeiten werden voll ausgenutzt.

Der Ausnahmezustand, der mit Aussetzung und Verletzung von Grundrechten und der Behinderung von Protest operiert, gehört längst zur Gipfelnormalität. So wurden auch in Strasbourg, Baden-Baden und Kehl weiträumige Sicherheitszonen definiert, Absperrungen errichtet, Schleusungspunkte für den Medien- und Beratertrass installiert. Die gesamte Innenstadt Strabourgs wurde akribisch von Zeichen der Kritik gesäubert – selbst Pace-Fahnen, die aus Wohnungen hingen, wurden von der Polizei abgenommen.

Die Vorbereitungen für die Gegenaktivitäten wurden von Anfang an torpediert: Kongress und Camp sahen

sich mit schikanösen behördlichen Auflagen konfrontiert, eine annehmbare Demoroute in Richtung und Nähe des Gipfels wurde bis zum Schluss von der Präfektur nicht genehmigt.

In den Tagen um den Gipfel setzten die Regierungen das Schengenabkommen aus, um Grenzkontrollen zu ermöglichen und willkürlich Ausreiseverbote zu verhängen. Dutzende Leute aus Deutschland waren davon betroffen. Viele konnten aber mittels Eilklagen ihr Grundrecht auf Bewegungsfreiheit auf juristischem Wege erkämpfen.

### Spontan, selbstorganisiert, basidemokratisch und solidarisch

Das Szenario der NATO war also klar – klar war aber ebenso, dass sich die NATO-KritikerInnen dem nicht beugen und versuchen würden, ihr kräftig in die Suppe zu spucken.

Bereits am Mittwoch, 1. April 2009, reisten Hunderte Menschen zur Eröffnung des internationalen Protestcamps an – bis Samstag, 4. April 2009, wuchs

die Zahl auf geschätzte 5.000. Wie schon bei anderen Gipfeln war das Camp ein unverzichtbarer Raum des Protests. Hier konnten letzte Absprachen getroffen werden, konnten Leute Bezugsgruppen bilden, sich informieren und austauschen und ein bisschen so leben, wie es die Strukturen des Alltags nicht zulassen: spontan, selbstorganisiert, basidemokratisch und solidarisch.

Vom Camp aus machten sich am Samstag gegen 4 Uhr früh ca. 2.500 Leute zu den Blockaden in die sieben Kilometer entfernte Strabourger Innenstadt auf. Zu ihnen hatte BLOCK NATO – ein internationales, spektrenübergreifendes Bündnis – aufgerufen. Die Polizei setzte von Beginn massiv Tränengas, Blend- und Gummigeschosse ein – ein Bild, das sich den Tag über an allen Protestorten wiederholte –, obwohl sie von den Blockistas nicht angegriffen wurden. Letztlich verhinderte ein geografischer Umstand, dass nur wenige vom Camp aus die Blockadepunkte erreichten: Den Weg versperrte ein Kanal, über den nur wenigen Brücken führen, die von der Polizei abgeriegelt wurden.

300 Menschen, die sich schon in der Nacht in die Altstadt begeben hatten, versammelten sich um 6 Uhr am Place de l'Université, jenseit der gesperrten »orangenen Zonen«. Auch sie wurden, kaum in Bewegung, attackiert, konnten aber letztlich eine zentrale Kreuzung auf der Avenue de la Paix besetzen, die Blockade über Stunden aufrechterhalten und somit das Ziel der Sicherheitskräfte vereiteln, jeglichen Protest in der Altstadt zu unterbinden. 150 weiteren AktivistInnen gelang es, nördlich des Gipfelortes eine zentrale Kreuzung zu blockieren. Gegen 12 Uhr beendeten die

AktivistInnen die Blockaden und zogen in Richtung Auftaktkundgebung der Großdemonstration.

### Proteste im CS-Gasnebel

Was sich in den Wirren des geplanten Protesthöhepunkts zutrug, wird sich, wenn überhaupt, erst nach den diversen Nachbereitungstreffen zu einem Gesamtbild zusammenfügen lassen. Einige Momente sind aber bekannt: Tausende Menschen erreichten gegen 12.30 Uhr den Platz der Auftaktkundgebung, nachdem die Polizei ihnen über eine Stunde lang an der Pont Vauban gewaltsam den Zugang verwehrt hatte; eine große Gruppe zog weiter zur Europabrücke, wo auf deutscher Seite circa 8.000 DemonstrantInnen darauf warteten, endlich von der Polizei durchgelassen zu werden – was nie geschehen sollte.

Irgendwann brannte die ehemalige Zollstation auf der Europabrücke, kurze Zeit später das Ibis-Hotel und eine Touristeninformation in der Nähe. Die Polizei reagierte mit Tränengas und Gummigeschossen; die Veranstalter brachen daraufhin die Auftaktveranstaltung ab und 25.000 Menschen formierten sich spontan zu einem Demozug, der unter ständigen Polizeiangriffen einmal über die Insel zog, bis er gegen ca. 16 Uhr wieder am Ausgangspunkt ankam und von der Polizei aufgelöst wurde.

### The Protest will (not?) be televised

An allen Protesten waren die internationalen MedienvertreterInnen im Vorfeld und während der Tage stark interessiert. Sie waren dankbar, wenn AktivistInnen sich ihrer annahmen, sie über Aktionen informierten oder sogar dazu einluden. Vor allem die deutschen Medienteams

schockierte das martialische Verhalten der Polizei gegenüber Aktionen des zivilen Ungehorsams und der Demonstration sichtlich.

Dennoch fiel die Berichterstattung der Proteste von Art und Umfang her mäßig aus: Die Blockaden und die Demonstrationen waren, wenn überhaupt, nur eine Randnotiz. Inhalte des Protests wurden kaum transportiert, und wenn der Widerstand gegen die NATO auftauchte, wurde er entlang der dualen Logik in friedlich (= gut) und militant (= böse) differenziert – eine Tendenz, die sich im Nachhinein leider auch manche AktivistInnen zu eigen machten.

Der telefonierende Berlusconi, der Besuch Carla Sarkozys und Michelle Obamas am Strabourger Münster war der Presse mehr Sendezeiten/Zeilen wert als die Berichterstattung über die sichtbare Kritik Tausender an den Kriegstreibern der NATO. Ob nun Agendasetting, Chefredaktion oder eine bewusste politische Entscheidung dahintersteckte, das Resultat war das gleiche: Durch den Äther und die Druckerpressen wurde die glatte Inszenierung der NATO in die Welt gespiegelt, die Bedingungen der Möglichkeit dieses Spektakels – Abriegelung ganzer Stadtteile, Aushebelung von Grundrechten und Einsatz massiver Gewalt – blieben ausgeblendet.

Dabei zeigte sich in der Aktionswoche gegen Krise und Krieg (Großdemos am 28. März in der BRD, Proteste gegen den G20-Gipfel in London und den NATO-Gipfel) wieder, dass das vermittelte Bild längst brüchig geworden ist. Die widerspruchslöse Akzeptanz der Herrschenden funktioniert nur noch als Simulation innerhalb kleinerer Zonen, die von zehntausend PolizistInnen und Militärs geschützt werden müssen. Außerhalb ist sie längst am Schwinden.

\* Der Protest gegen die NATO war vielfältig. Es gab viele Orte und viele Momente. Dieser subjektive Bericht kann nur wenige aufgreifen.



Die Herausgabe wurde gefördert von:

NETZWERK  
der politische Förderfonds

Die Kampagnenzeitung »Ende einer Dienstfahrt« wird herausgegeben vom Bündnis für die Eintstellung der § 129(a)-Verfahren.

V.i.S.d.P.:  
Christian Winter  
c/o Bündnis für die Eintstellung der § 129(a)-Verfahren  
Haus der Demokratie und Menschenrechte e.V.  
Greifswalder Straße 4 · 10405 Berlin

Das Bündnis ist wie folgt zu erreichen:  
Telefon: 030/20 16 55 21 (Anrufbeantworter)  
Presseanfragen: 01577/4300652  
E-Mail: einstellung@so36.net  
http://einstellung.so36.net

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:  
21. April 2009  
Aktuelle Informationen sind zu finden unter  
http://einstellung.so36.net

IMPRESSUM



<http://einstellung.so36.net>